

**DIE ENERGIEWENDE  
MIT INVESTITIONEN UND  
INNOVATIONEN SOZIAL  
UND FAIR GESTALTEN!**

## DIE ENERGIEWENDE: UNSERE ZIELE

Die IG BCE fordert und unterstützt eine sozial gerechte, wirtschaftlich vernünftige und ökologisch verantwortungsvolle Energiewende. Diese kann ein Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft sein. Notwendig ist dafür eine Innovation des gesamten Energiesystems:

- Die Energiewende muss sozial gerecht, wirtschaftlich vernünftig und ökologisch verantwortungsvoll gestaltet werden. **Strom, Wärme und Mobilität müssen bezahlbar sein.**
- Wir brauchen ein **weltweit verbindliches Klimaabkommen** als wichtigste Voraussetzung für einen wirksamen Klimaschutz. Nur so lässt sich ein fairer Ausgleich zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern sicherstellen.
- Wir brauchen eine Ausrichtung der Energie- und Klimapolitik an **der Förderung von Innovation**. Allein mit der subventionierten Installation bereits bekannter Technologie werden weder die Klimaziele zu erreichen, noch gute Arbeitsplätze in der deutschen Industrie zu sichern sein.
- Der Ausbau erneuerbarer Energien alleine reicht nicht aus, um den weltweit wachsenden Energie-Hunger klimaverträglich zu stillen. Wir brauchen auch die **Erforschung, Weiterentwicklung und Anwendung neuer Technologien** bei der Energieerzeugung und -nutzung sowie im Ressourcenschutz.
- Schon jetzt zeigen die Produkte und Verfahren der deutschen Industrie die Innovationspotentiale, um schneller, effektiver und effizienter die Klimaziele sowie die hohen Erwartungen an die regenerative Energieerzeugung zu realisieren. Diese können noch stärker genutzt werden.
- Der Klimabilanz industriell hergestellter Güter und Waren muss über ihren **gesamten Lebenszyklus betrachtet** werden. Schon heute zeigt sich, dass viele industriell gefertigte Produkte eine positive CO<sub>2</sub>-Bilanz besitzen. Die durch ihren Einsatz vermiedenen CO<sub>2</sub>-Mengen sind größer als die bei ihrer Herstellung verursachten. Diese Betrachtung ist zielführender als die isolierte Betrachtung des Ressourcenverbrauchs industrieller Produktionsprozesse.

# FAKTEN ZUR ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK

## 1. Investitionen und Innovationen sind entscheidend

Die deutsche energiepolitische Debatte läuft meist nach dem einfachen Schema: Je schneller der Kohleausstieg, desto schneller erreichen wir unsere Klimaziele.

Und das ist so verkürzt wie falsch:

Zum Gelingen der Energiewende sind Innovationen und Investitionen die entscheidenden Faktoren.

Bereits 2007 und 2009 wiesen Studien von McKinsey für die Bundesregierung und den BDI deutlich darauf hin, dass alle Sektoren einbezogen werden müssen und teure Symbolpolitik vermieden werden muss.<sup>1</sup>

Auch eine aktuelle Studie von Prognos und Boston Consulting Group<sup>2</sup>, „Klimapfade für Deutschland“, verweist darauf, dass es durchgehende Investitionen in allen Bereichen braucht, um bei der Erreichung der Klimaziele konsequent voranzukommen:

*„Eine erfolgreiche Erreichung der deutschen Klimaziele ... sind daher ein politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Kraftakt. Gefragt ist eine weitsichtige Klima-, Industrie- und Gesellschaftspolitik „aus einem Guss“, die auf Wettbewerb und Kosteneffizienz setzt, gesellschaftliche Lasten fair verteilt, Akzeptanz für die Maßnahmen sicherstellt sowie den Erhalt und Ausbau industrieller Wertschöpfung priorisiert. Dazu bedarf es für das „Großprojekt Klimaschutz“ einer langfristigen politischen Begleitung.“*

## 2. Der Beitrag der Energiewirtschaft zum Klimaziel 2020

Die Energiewirtschaft leistet den stärksten Beitrag zur Erreichung des Klimaziels 2020. Nach Prognosen des Umweltbundesamts werden die Emissionen in Deutschland im Jahr 2020 insgesamt um 32 Prozent unter denen des Jahres 1990 liegen. Bei der Energiewirtschaft wird der Rückgang mit 38% deutlich über dem Beitrag anderer Sektoren liegen. Damit wird deutlich, dass die Hauptdefizite in anderen Bereichen liegen. Auch in der Klimabilanz für 2017 verzeichnete der Energiesektor den deutlichsten Rückgang: Im Vergleich zu 2016 gingen die Emissionen um 13,7 Mio. t oder 4,7 % zurück.

<sup>1</sup> „Kosten und Potenziale der Vermeidung von Treibhausgasemissionen in Deutschland“, Herausgeber BDI, 2007 und 2009

<sup>2</sup> „Klimapfade für Deutschland“, BCG und Prognos, Januar 2018

### **3. Der Beitrag weiterer Sektoren**

Strom bildet nur ein Teil unseres Energieverbrauchs. Mehr als zwei Drittel der Energie werden für Wärme und Mobilität gebraucht. 40 % der in Deutschland verbrauchten Energie entfällt auf Gebäude.

Andere Sektoren tragen deutlich weniger zum Erreichen der Klimaziele bei als die Energiewirtschaft. Das gilt vor allem für die Bereiche Verkehr und Landwirtschaft, aber auch für den Gebäudebereich.

Im Verkehrssektor sind die Emissionen 2017 nach Angaben des Umweltbundesamts um 2,3 % oder 3,8 Mio. Tonnen gestiegen. Gründe dafür waren der steigende Pkw-Bestand und das Anwachsen des Gütertransports auf der Straße – auch durch die gute Konjunktorentwicklung.

Im Gebäudebereich ließe sich der Energiebedarf mit moderner Dämmung um bis zu 80 % reduzieren. Hiermit wäre auch ein enormer Konjunkturschub verbunden. Im Verkehrssektor braucht es stärkere Forschung und Innovationen, um in der Elektromobilität voranzukommen. Die Entwicklung leichter Bauteile in der Kunststoffindustrie sowie Investitionen in die Batterieproduktion sind ein erster Schritt in Richtung ganzheitlicher Energiewende.

### **4. Die Auswirkungen auf Arbeitsplätze in der Energiewirtschaft**

Im Energiesektor ist die Zahl der Beschäftigten in Deutschland von über 200.000 Arbeitsplätzen im Jahr 1991 auf 119.000 Arbeitsplätze im Jahr 2016 gesunken. Das sind 40% weniger Arbeitsplätze.<sup>3</sup>

Nach dem Ausstiegsbeschluss der Bundesregierung werden zwischen 2012 und 2022 alle Kernkraftwerke abgeschaltet. Das kostet gut 7.000 Jobs in einer einst sicheren Branche mit guten Löhnen und vorbildlicher Mitbestimmung – staatliche Unterstützung angesichts des Job-Abbaus: Fehlanzeige.

Seit 2015 wurden bei der Bundesnetzagentur mehr als 20 Kohlekraftwerke zur Stilllegung angemeldet, die bis spätestens 2020 vom Netz gehen müssen. Betroffene Arbeitsplätze: Etwa 5.200.

Mit dem 2015 beschlossenen Aktionsprogramm Klimaschutz der Bundesregierung sollen bis 2020 zusätzlich 12,5 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> in der Braunkohle eingespart werden – was in den nächsten Jahren die Schließung mehrerer Kraftwerksblöcke nach sich zieht. Betroffene Arbeitsplätze: Etwa 3.500.

Zusammen mit einigen ebenfalls bei der Bundesnetzagentur zur Stilllegung angemeldeten Gaskraftwerken summiert sich der politisch induzierte Jobverlust bei den konventionellen Energieträgern auf fast 20.000.<sup>4</sup>

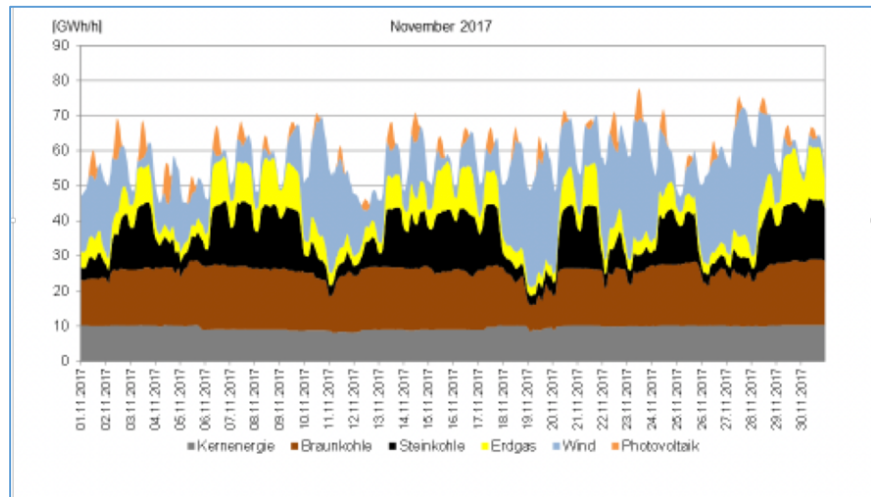
<sup>3</sup> Quelle: BMWi, Energiedaten Tabelle 2, Stand 11.1.2018

<sup>4</sup> <https://www.igbce.de/energiewende>

## 5. Schwankende Einspeisung von erneuerbarer Energie

Bereits 50 Prozent der installierten Leistung zur Stromerzeugung besteht aus Windkraft- und Solaranlagen.

Laut Monitoring-Bericht der Bundesregierung tragen erneuerbaren Energien jedoch nur 30 Prozent zur deutschen Stromerzeugung bei.



Diese große Lücke liegt in der Natur der Sache: Wind und Sonne sind nicht konstant verfügbar.

Entsprechend schwankt der Beitrag der Erneuerbaren zu unserer Stromversorgung: An sonnigen, windigen Tagen kann der Anteil über 50 Prozent liegen; an kalten, dunklen Wintertagen mit Flaute unter 10 Prozent.

Zwei Tage im November 2017 machen das exemplarisch deutlich: Am 1. November war in weiten Teilen Deutschlands Feiertag (Allerheiligen) und der Strombedarf entsprechend niedrig.

Dank des schönen Wetters deckten die Erneuerbaren den größten Teil des Stromverbrauchs, die Konventionellen lagen unter 30 GWh.

Nur zwei Tage später, am 3. November, einem Werktag, lieferten die Erneuerbaren bei Flaute nur 15 GWh der insgesamt benötigten 70 GWh.

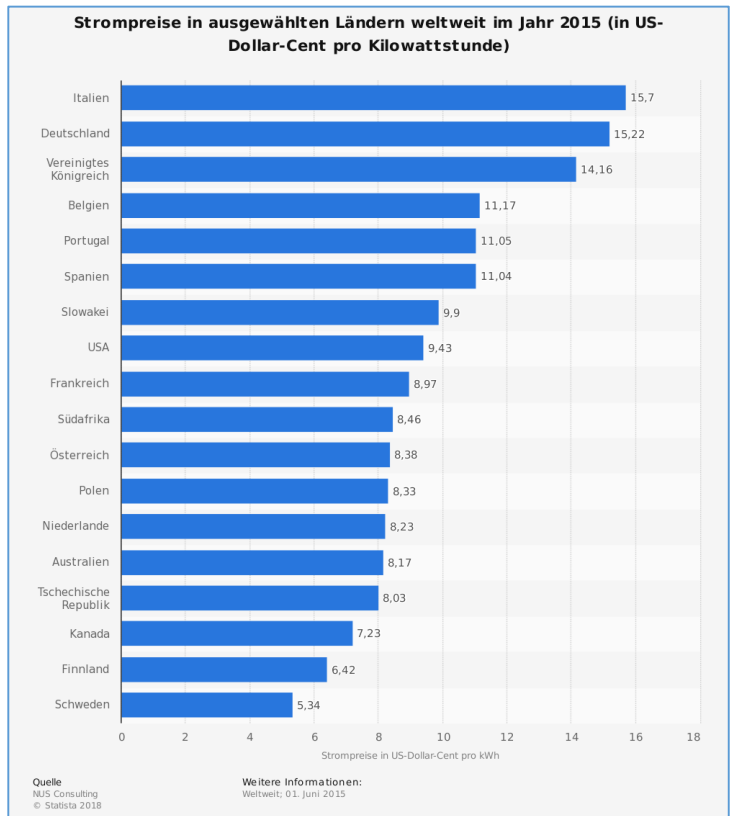
## 6. Die Entwicklung der Strompreise im Vergleich

Die Kosten der Energiewende sind hoch. Allein die Kosten der EEG-Förderung der Erneuerbaren wird bis zum Jahr 2040 deutlich über eine halbe Billion Euro betragen.

Schon heute machen Steuern und Abgaben mehr als die Hälfte der Stromrechnung aus.

Im internationalen Vergleich sind wir mittlerweile in der Spitzengruppe bei den Strompreisen.

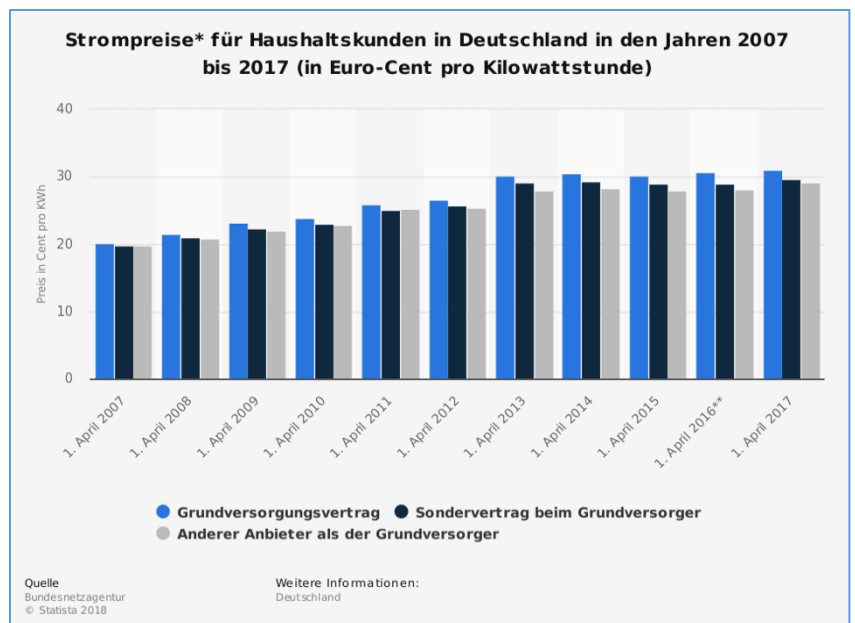
Und dies auch im Vergleich zu Ländern wie den USA, die derzeit mit aggressiven Steuersenkungen für Unternehmen Standortpolitik betreiben.<sup>5</sup>



### Entwicklung für die privaten Haushalte:

Die Statistik zeigt die Entwicklung der Strompreise für Haushaltskunden in Deutschland in den Jahren 2007 bis 2017. Zum 1. April 2017 zahlten private Haushalte im Grundversorgungstarif durchschnittlich 30,94 Cent pro Kilowattstunde Strom. Die Strompreise setzen sich aus folgenden Posten zusammen: Kosten für Beschaffung und Vertrieb, Netzentgelten, Umlagen sowie Steuern und Abgaben.<sup>6</sup>

Der Strompreis für die Industrie stieg seit dem Jahr 2000 um



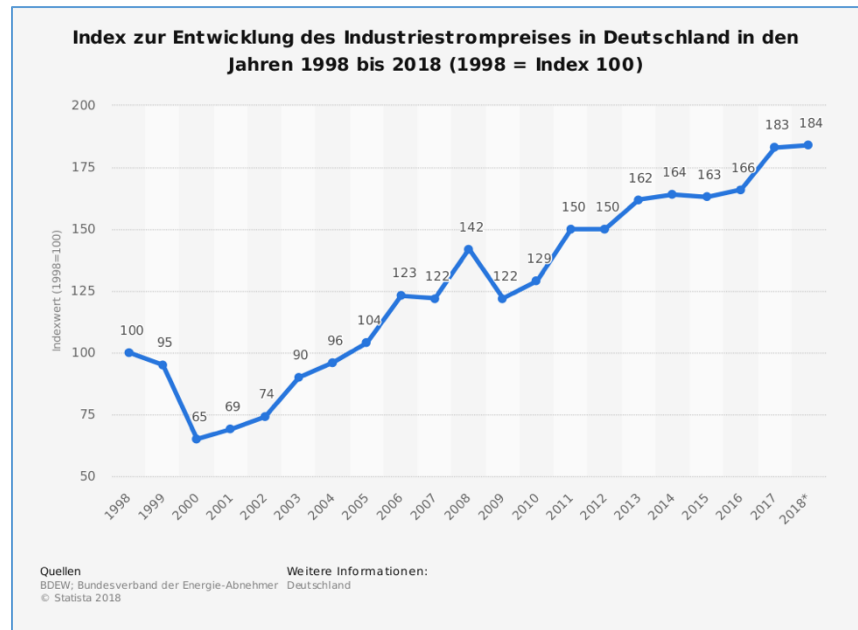
<sup>5</sup> Quellen: Statista 2018 (NUS Consulting)

<sup>6</sup> Quellen: Statista 2018 (Bundesnetzagentur)

75 Prozent. Für energieintensive Industrien und deren 700.000 Beschäftigte ist ein stetig steigender Strompreis höchst problematisch. Die Energiewende läuft Gefahr, ganze Industriezweige in Deutschland zu gefährden, wenn ein bezahlbarer Strompreis für Verbraucher und Industrie nicht stärker in den Fokus rückt.

### Entwicklung der Industriestrompreise:

Die Statistik zeigt den Index zur Entwicklung des Industriestrompreises in Deutschland in den Jahren 1998 bis 2018. Ausgehend vom Jahr 1998 (Indexwert = 100) betrug der Indexwert zur Entwicklung des Industriestrompreises im Jahr 2018 in Deutschland 184 Punkte. Die Angaben beziehen sich auf die mittelspannungsseitig versorgte Industrie mit einem Jahresstromverbrauch von 160 bis 20.000 Megawattstunden.<sup>7</sup>



<sup>7</sup> Quellen: Statista 2018 (BDEW, Bundesverband Energieabnehmer)

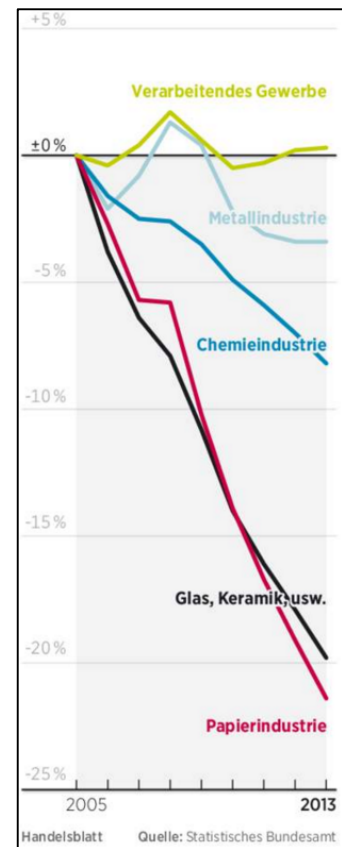


## 7. Die Folge: Fehlende Investitionen in der Industrie

Um Wachstum und Arbeitsplätze für die Zukunft zu sichern, müssen industrielle Produktionsanlagen immer wieder erneuert und modernisiert werden. Die Industrie muss also investieren, gerade auch in Anlagen, die Energie effizienter nutzen. Das ist ein zentraler Faktor für wirksamen Klimaschutz.

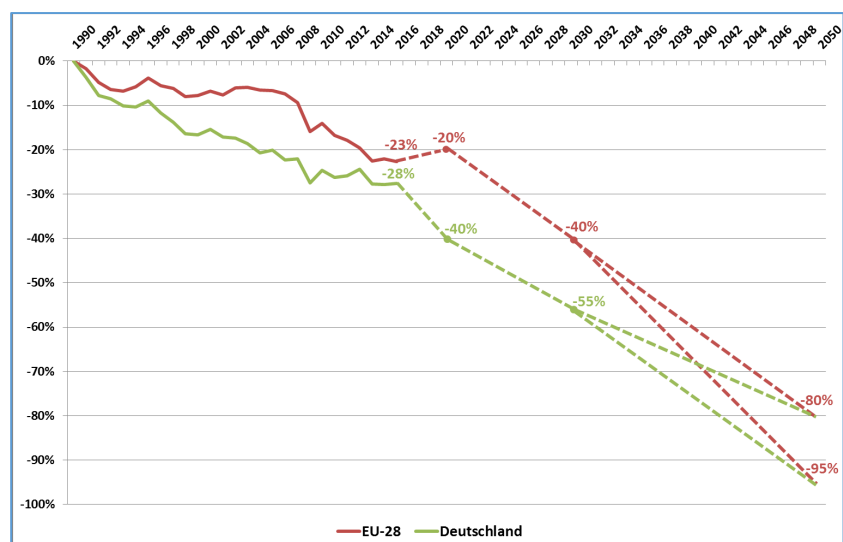
In der energieintensiven Industrie in Deutschland passiert aber gerade das Gegenteil: Die Investitionen in neue Anlagen liegen hier deutlich niedriger als in anderen Branchen. Mit anderen Worten: Wir haben in Deutschland immer weniger Industrieanlagen in energieintensiven Branchen. Die Grafik macht das deutlich: Das Nettoanlagevermögen der deutschen Papier-, Glas- und Keramikindustrie ist am deutlichsten gesunken, die Chemische Industrie verzeichnet ebenfalls einen deutlichen Rückgang.

Dieser Rückgang von Investitionen kostet Arbeitsplätze in Deutschland, dem Klima hilft er aber nicht. Denn neue Anlagen in energieintensiven Branchen werden trotzdem gebaut – nur eben dort, wo die Energiekosten niedriger sind. Zum Beispiel in den USA: Der deutsche Konzern BASF hat für 1,3 Mrd. Euro den größten Steam Cracker der Welt in Texas gebaut – die größte Einzelinvestition in der Konzerngeschichte außerhalb Deutschlands.



## 8. Der deutsche Anteil am weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoß

Deutschlands Anteil am CO<sub>2</sub>-Ausstoß betrug 2017 nach Schätzungen des Umweltbundesamtes (UBA) 2,7 Prozent. Schon jetzt entwickelt die deutsche Industrie innovative Produkte und Verfahren, um schneller, effektiver und effizienter die Klimaziele sowie die hohen Erwartungen an die regenerative Energieerzeugung zu realisieren.





Diese können noch stärker genutzt werden. Dazu bedarf es aber einer neuen Sichtweise auf die Industrie.

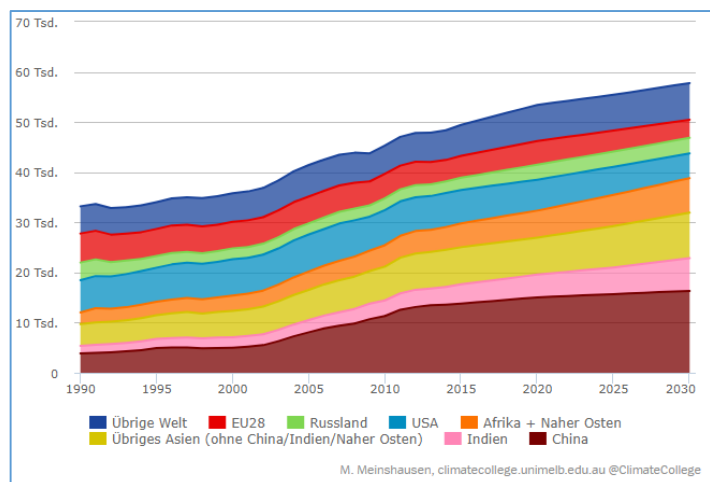
Klar ist: Die EU-Ziele für Treibhausgasemissionen werden erreicht und Deutschland mindert überdurchschnittlich.<sup>8</sup>

Deutschlands Klimapolitik lässt sich nicht mit Abschaltbeschlüssen erfolgreicher machen. Klimapolitik muss global angelegt sein und unter anderem China und Indien mit in der Verantwortung halten. Auch von dort wird genau beobachtet, ob und wie Deutschland die Energiewende als Industriestandort bewältigt.

## 9. Die Rolle Chinas und Indiens

Die Vereinten Nationen verhandelten schon 2009 in Kopenhagen über das Ziel, die Erderwärmung auf 2 Grad Celsius zu begrenzen. Dass dieses Ziel in erster Linie mit dem Verhalten Chinas steht und fällt, wurde in Kopenhagen sehr deutlich.

China kündigte an, seine CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2050 pro Einheit des Bruttoinlandsprodukts bezogen auf das Jahr 2020 um bis zu 45 Prozent zu mindern. Peking verweigerte aber jede internationale Festlegung oder Kontrolle von Reduktionszielen.



Die Begrenzung der Erderwärmung wird letztlich davon abhängen, wie effizient China und Indien ihre Kohle verstromen und wie viel CO<sub>2</sub> dabei noch in die Atmosphäre gelangt. Ob diese Länder Kohle verstromen, stellen sie nicht zur Debatte. Sie haben in den letzten Jahren in schnellem Takt eine Vielzahl neuer Kohlekraftwerke gebaut, die sie noch lange betreiben werden.

Im Klimaabkommen von Paris haben sich China und Indien verpflichtet, ihre Emissionen ab 2030 in Relation zum BIP nicht mehr zu steigern (China) bzw. zu senken (Indien).

Das heißt für China: Die CO<sub>2</sub>-Emissionen könnten von 2015 bis 2030 um weitere 25 % steigen auf dann fast 13 Mrd. t CO<sub>2</sub>.<sup>9</sup>

Das heißt für Indien: Die CO<sub>2</sub>-Emissionen dürften um ca. 60 % auf 4,5 Mrd. t steigen.<sup>10</sup>

<sup>8</sup> Quelle: UBA März 2017, EEA Okt. 2017

<sup>9</sup> Quelle: Spiegel 3.12.2015

<sup>10</sup> Quelle: Spiegel 3.12.2015

## **10. CO<sub>2</sub>-Steuer funktioniert nur international**

Wir sind offen für eine Steuer auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Eine internationale CO<sub>2</sub>-Steuer kann wirksame ökonomische Anreize zur Treibhausgasminderung setzen. National oder in einer kleinen Gruppe von Staaten kann dieses Modell allerdings nicht funktionieren.

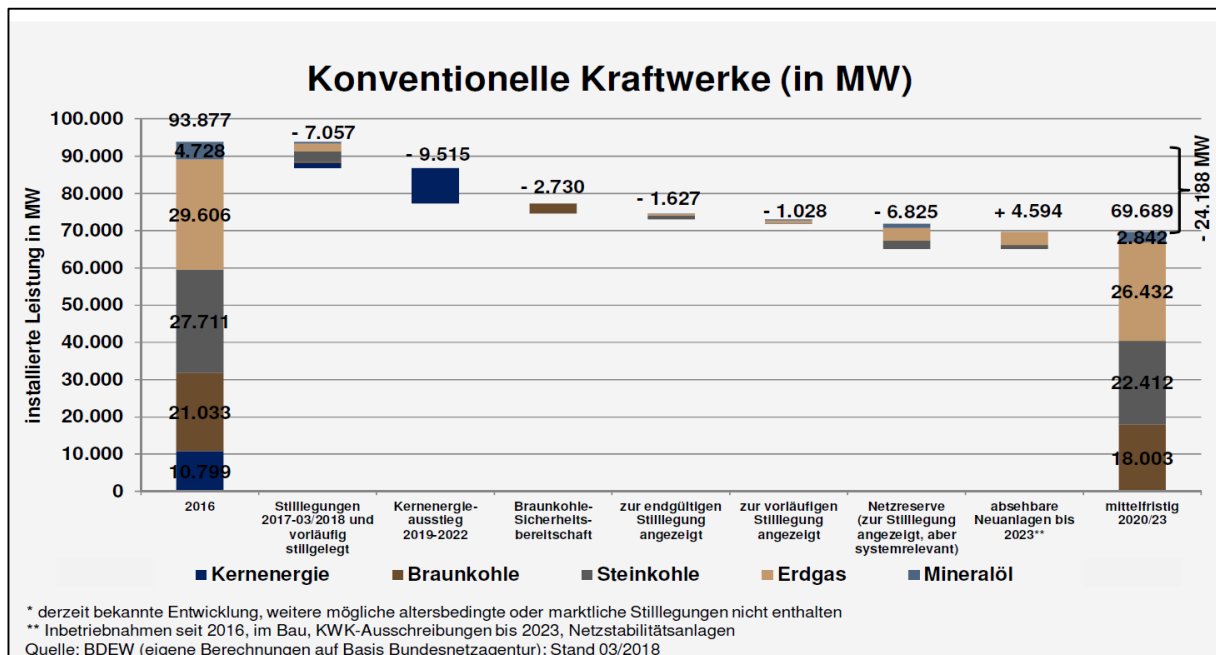
Grundsätzlich gibt es zwei Modelle zur ökonomischen Steuerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen: Eine Möglichkeit ist die Festlegung von Höchstmengen an CO<sub>2</sub>, die emittiert werden dürfen und der damit verbundene Handel mit Emissions-Zertifikaten. Damit kann die Erreichung von Klimazielen genau gesteuert werden. Die andere Möglichkeit ist die Besteuerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen. Die Höhe der Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes ergibt sich dann am Markt. Europa hat sich für das System des Emissions-Handels entschieden.

Wichtig ist, dass die ökonomische Steuerung der Emissionen international einheitlich geschieht. Eine CO<sub>2</sub>-Steuer auf nationaler Ebene oder nur mit ausgewählten EU-Staaten funktioniert nicht. Sie führt nur zu Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der energieintensiven Branchen Chemie, Papier, Keramik, Metall und Glas in Deutschland. Notwendig wäre zumindest ein einheitliches Vorgehen der G20. Eine Steuerharmonisierung zwischen den G20-Staaten ist jedoch außerordentlich kompliziert. Solange dieser Weg nicht möglich ist, bleibt der Emissionshandel der bessere Weg für die ökonomische Steuerung von Emissionen.

## **11. Versorgungssicherheit in Gefahr**

Konventionelle Kraftwerke und Atomkraftwerke sichern bisher eine Maximallast von 85 GW ab. Mit dem Atomausstieg sinkt die installierte Leistung bis 2022 um 9.500 MW, durch die Stilllegung von Kohlekraftwerken sinkt die installierte Leistung um weitere 7.000 MW.

Da erneuerbare Energien die Maximallast nicht sichern können, ist die Versorgungssicherheit spätestens ab 2023 nicht mehr gewährleistet. Auf dem Weg dorthin erwarten die Übertragungsnetzbetreiber im Februar 2020 schon zum ersten Mal eine Unterdeckung der gesicherten Leistung gegenüber der Tageshöchstlast. Je schneller der Kohleausstieg umgesetzt wird, desto mehr verschärft sich dieses Problem.



Die fehlende Absicherung der Maximallast ist insbesondere auch ein Problem für die süddeutsche Industrie, vor allem die Metall- und Elektroindustrie mit Hundertausenden von Beschäftigten. Durch das Fehlen von Netzkapazitäten ist Süddeutschland selbst dann betroffen, wenn die Windkraftanlagen im Norden die volle Leistung liefern.

## 12. Bremse 1: Fehlende Stromleitungen

Strom muss überall in Deutschland rund um die Uhr sicher verfügbar sein. Die Standorte konventioneller Kraftwerke sind so gewählt, dass der Strom relativ nah beim Verbraucher produziert wird. Mit dem Ausbau der Windenergie verschiebt sich die Stromerzeugung stark in die norddeutschen Küstenregionen, der Strom muss eine längere Strecke zum Verbraucher transportiert werden.

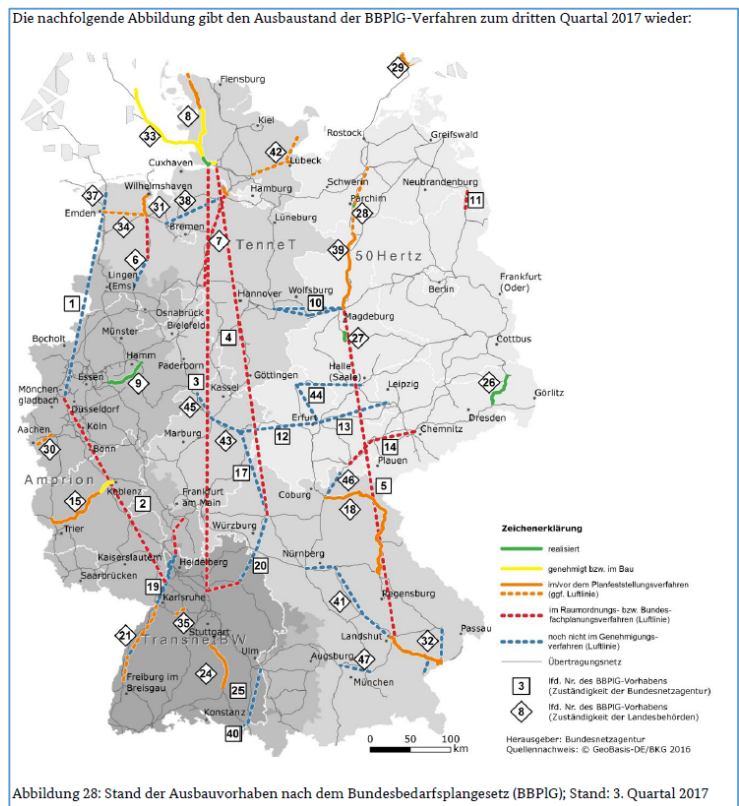
Der Ausbau der Leitungsnetze ist eine zentrale Voraussetzung für die Energiewende im Stromsektor. Doch der Leitungsausbau geht nur schleppend voran. Von den 2009 im Energieleitungsausbaugesetz definierten vordringlichen Ausbaumaßnahmen ist erst der kleinere Teil realisiert:

- 1.800 KM vorgesehen (100%)
- 990 KM sind genehmigt (55%)
- 750 KM sind bereits realisiert (40%)

Noch dramatischer sieht die Situation aus, wenn man die langfristig notwendigen Netzkapazitäten betrachtet. Der notwendige Ausbau der Übertragungsnetze nach dem Bundesbedarfsplangesetz (Stand 2017) steht erst am Anfang:

- 5.900 KM benötigt (100%)
- 450 KM sind genehmigt (8%)
- 150 KM sind bereits realisiert (2,5%)

Neue Hochspannungsleitungen stoßen an vielen Stellen auf Bürgerproteste und Einsprüche. Erdverkabelung verlangsamt den Leitungsausbau weiter und führt gleichzeitig zu erheblichen Mehrkosten.



### 13. Bremse 2: Fehlende Speicher

Erneuerbare Energien sind emissionsarm, aber nicht durchgehend verfügbar. Die Grundlast kann mit diesen Stromquellen nur gesichert werden, wenn es gelingt, die Energie in großem Umfang zu speichern.

Die einzigen heute existierenden Großspeicher für Energie sind Pumpspeicherwerke. Die Ausbaumöglichkeiten dieser Speicherform sind naturgemäß beschränkt. Bestehende Kapazitäten sind zudem durch regulatorische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen in ihrem Bestand gefährdet.

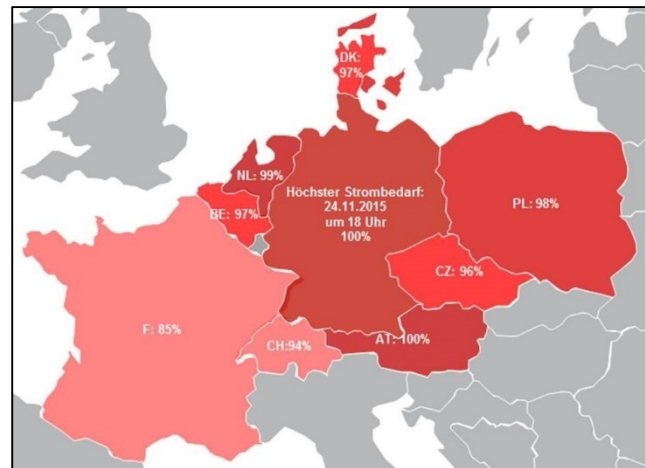
Nur wenn es gelingt, andere Speicherformen in großem Umfang verfügbar zu machen, kann der vollständige Umstieg auf erneuerbare Energiequellen erfolgreich sein. Deshalb ist die Weiterentwicklung von Speichertechnologien eine zentrale Aufgabe der Energiewende. Die Umwandlung von überschüssigem Strom in Gas kann hierfür ein Weg sein.

## 14. Stromimporte sind keine Lösung

Stromimporte aus Nachbarstaaten können die Stromversorgung in Deutschland nicht sichern. Stromerzeugung und Stromverbrauch sind in anderen europäischen Staaten ähnlichen Schwankungen wie bei uns ausgesetzt. Das heißt: Überschüsse werden dort oft zur gleichen Zeit produziert wie in Deutschland, die Spitzen der Stromnachfrage fallen ebenfalls häufig zusammen.

Je stärker die Energieerzeugung in Europa auf erneuerbare Energien umgestellt wird, desto stärker schwankt auch die Stromerzeugung. Wenn Windkraftwerke an der norddeutschen Küste stillstehen, dann bewegt sich oft auch in den Niederlanden oder in Dänemark wenig. „Kalte Dunkelflauten“ treten in Deutschland und seinen Nachbarländern etwa alle 2 Jahre parallel auf.<sup>11</sup>

Der Stromverbrauch entwickelt sich im Tagesverlauf in unseren Nachbarländern weitgehend parallel zu dem in Deutschland. Bei zeitgleicher Höchstlast sind Stromimporte keine Lösung. Doch das sind genau die kritischen Zeitpunkte, für die wir die Versorgung sicher gewährleisten müssen.



## 15. Europäischer Zukunftsfonds für Leitindustrien

Die Energiewende kann nur erfolgreich sein, wenn der Strukturwandel in der Industrie intelligent gemanagt wird. Dafür braucht es mehr Förderinstrumente, die die Innovationsfähigkeit von Schlüsselindustrien voranbringen. Das ist eine europäische Aufgabe.

Ein Weg dafür wäre ein europäischer Zukunftsfonds für Leitindustrien. Ein solcher Fonds könnte Unternehmen mit Investitionshilfen zur Seite stehen, die sich auf neue Geschäftsfelder in ihrer Branche ausrichten. Damit wird der Strukturwandel in zentralen Branchen wie dem Energie- oder dem Mobilitätssektor beschleunigt. In der Energieversorgung müssen zum Beispiel verstärkt Hochtechnologieprojekte wie künstliche Photosynthese oder die Umwandlung von überschüssigem Strom aus erneuerbaren Energien in Speichermedien (Power-to-x) gefördert werden.

Im Mobilitätsbereich geht es darum, die gesamte automobilen Wertschöpfungskette zukunftsfähig zu machen. Europa kann damit die Wettbewerbsfähigkeit seiner Industrie stärken und verlorenes Terrain im internationalen Wettbewerb zurückgewinnen: Etwa bei der Batterieproduktion oder bei Leichtbau-Werkstoffen.

<sup>11</sup> Energy Brainpool-Studie, Juni 2017

## **16. Mit Umsicht umsteuern!**

Deutschland hat in den vergangenen Monaten an fast jedem Tag auch Strom importiert – teils gut 5 Gigawatt Leistung, was immerhin 4 Prozent unserer Höchstlast entspricht. Diese Importe kamen meist aus Kohleländern wie Polen und Tschechien oder aus Frankreich, wo Kernkraftwerke die Energieversorgung gewährleisten.<sup>12</sup>

Das Hin und Her bei den grenzübergreifenden Stromflüssen hängt unter anderem mit den starken Schwankungen der Erneuerbaren zusammen. Die wirklich gesicherte, also stets abrufbare und konstant fließende Stromleistung in Deutschland liegt bei 82 Gigawatt – was übrigens gerade noch der Höchstlast entspricht. Durch den fortschreitenden Kernenergieausstieg sowie die absehbare Stilllegung und Überführung anderer konventioneller Kraftwerke in die Sicherheitsbereitschaft, wird die gesicherte Kapazität jedoch deutlich sinken. 2023, nach dem Abschalten des letzten Kernkraftwerks, werden nur noch 60 GW an sicherer Leistung verfügbar sein.

Hinzu kommt: Das veraltete deutsche Stromnetz ist für die starken Schwankungen durch die Erneuerbaren bislang noch nicht ausreichend modernisiert, der Energiefluss muss daher laufend stabilisiert werden. So lange wir keine ausreichenden Speichermöglichkeiten für die Erneuerbaren haben, steigt dieser Aufwand der Netzstabilisierung mit der Bedeutung der Erneuerbaren. Gleichzeitig macht sich Deutschland abhängiger von Stromlieferungen aus dem Ausland. Doch auch dort sinken die Kapazitäten. Dieses fragile System ist nicht geschaffen für einen weiteren politisch induzierten Kahlschlag bei der Kohleverstromung.<sup>13</sup>

---

<sup>12</sup> Agorameter

<sup>13</sup> <https://www.igbce.de/energiewende>, Agorameter, ÜNB-Leistungsbilanzbericht



## FAKTEN ZUM KLIMAZIEL 2020

Die Bundesregierung arbeitet daran, die international verbindlichen Klimaziele für 2030 auch tatsächlich zu erreichen. Dass aber das rein nationale Klimaziel 2020 kaum noch zu schaffen ist, wissen die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker. Die Lücke entsteht dabei nicht durch den Energie-Sektor:

Bundesumweltministerin Svenja Schulze:

**„Sie wissen, dass es eine Lücke zum Klimaziel 2020 gibt. Ja, das hat auch mit unserem Wirtschaftswachstum in Deutschland zu tun – auf das wir wirklich stolz sein können.“**

**„Der Klimaschutzplan gibt eine klare Marschroute vor. Und er nimmt mit den Sektorzielen alle Sektoren in die Pflicht. Ich bin mir bei manchen Diskussionen nicht ganz sicher, ob das in allen Sektoren schon ausreichend verstanden worden ist!“**

Rede auf den Berliner Energietagen, 7. Mai 2018

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks:

**„Wir haben nichts aufgegeben, aber stellen ehrlich fest, dass es noch eine Lücke zum Erreichen des nationalen Klimaziels für 2020 gibt. [...] Insbesondere im Verkehr und auch in der Landwirtschaft ist noch kaum etwas passiert. Da müssen jetzt endlich die Emissionen gemindert werden. Entscheidend ist, dass wir die Klimapolitik so robust machen, dass uns so etwas wie heute mit Blick auf 2030 nicht noch einmal passiert.“**

Interview Welt online, 17. Januar 2018

## Strukturbrüche verhindern

Harte Braunkohle-Kraftwerksschließungen führen zu einem Domino-Effekt: Tagebaue müssten stillgelegt werden bzw. mit niedriger Auslastung arbeiten. Das erhöht die Kosten der Förderung so stark, so dass auch andere Kraftwerke unwirtschaftlich werden. Das ist keine Behauptung, sondern nachgewiesen: Die konkreten und testierten Zahlen der Wirtschaftsprüfer (Einsatzzeiten von Kraftwerken, Wirtschaftlichkeitsberechnung, tatsächliche Strompreise etc.) liegen der Bundesregierung seit 2015 vor. Sie sind bis heute nicht bestritten oder gar widerlegt. Die Folgen dieses Strukturbruchs lauten in wenigen Zahlen: 11.000 Arbeitsplätze in Tagebauen und Kraftwerken wären unmittelbar und kurzfristig verloren, weitere 24.000 indirekt. Hinzu kämen weitere Arbeitsplätze in der energieintensiven Industrie in sechsstelliger Höhe.

Die Abschaltung von zusätzlichen Kohlekraftwerken bis 2020 würde darüber hinaus sofort deutlich höhere Strompreise bewirken. Bei der energieintensiven Industrie schlägt dies voll durch. Schon auf ein typisches mittelständisches Unternehmen der energieintensiven Branchen (Stromverbrauch 50 GWh/a) käme ein Kosten-Schock von rund 0,5 Millionen Euro Mehrbelastung pro Jahr zu.





## **Herausgeber**

Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie  
Lars Ruzic | Leitung Medien & Öffentlichkeitsarbeit  
Königsworther Platz 6 | 30167 Hannover | Tel. 0511-7631-0

2. Fassung / Stand Mai 2018